

## Lockdown-forever?

Viele Menschen fragen sich in heutiger Zeit: „Wann werden wir wieder ein normales Leben führen“? Sie haben natürlich das Leben, das sie vor der sogenannten Coronakrise geführt haben, im Sinn. Nüchtern betrachtet ist zu sagen, dass dieses Leben, zumindest wenn es nach der derzeitigen Regierung geht, nie wieder stattfinden soll.

Jede Woche werden neue Begriffe gefunden, um die Panik in der Bevölkerung hoch zu halten, von der britischen über die südafrikanische, bis hin zur „Kombimutante“. Sicherlich werden wir in wenigen Wochen von der „Megakombisupermutante“ und ihrer Gefährlichkeit lesen und dass gerade wegen dieser „Megakombisupermutante“ der Lockdown unbedingt, natürlich nur zum Wohle der Gesundheit, verlängert werden müsse.

In den letzten Wochen haben wir gesehen, warum es beim sogenannten Lockdown geht, um die Einschränkung der Opposition, um die Durchregieren ohne lästige Einbeziehung der Parlamente und für Einige, sich ungeniert mit dem Geld der hart arbeitenden Menschen die Taschen zu füllen. Im gleichen Atemzug, und abseits des Interesses breiter Bevölkerungsschichten, werden Gesetze verabschiedet, die unsere Gesellschaft grundlegend umgestalten sollen. Stimmen werden laut, z.Bsp. von Karl Lauterbach, grünen Politikern, aber auch von der „Denkfabrik“ Agora und „Scientists for future, man solle die Einschränkungen beibehalten, um damit die „Klimakatastrophe“ zu verhindern. Sie alle haben offenbar eine sozialistische, totalitäre und seine Bürger zu Gehorsam und Verzicht erziehende Diktatur im Sinn.

Wählen Sie diese Ideologen im September ab, wenn Sie nicht in einer DDR 2.0 aufwachen wollen!

Karsten Hilse, MdB

## Lockdown beenden – normales Leben endlich wieder möglich machen!



Die Lausitzer Rundschau berichtete Ende Februar, der Vorstand des CDU-Kreisverbandes Bautzen befürworte die Durchführung des Osterreitens, so weit, so gut. Leider handelte es sich hier nicht um eine klare Forderung der CDU Bautzen. Den CDU-Genossen so viel Mut abzufordern, wäre dann doch vermessen. In der Zwischenzeit gab es mehrere Gespräche zwischen der Staatsregierung und den Organisatoren, allerdings hält man sich bedeckt, um die Bevölkerung „nicht zu beunruhigen“. Vollkommen klar ist, dass das Osterreiten in diesem Jahr stattfinden muss! Das Osterfest ist das wichtigste Fest der Christen. Dieses Fest, die Auferstehung Jesu Christi, zu feiern, darf ihnen nicht verwehrt werden. Durch die Sorben in der Lausitz haben sich besondere Traditionen, gerade im Rahmen des Osterfestes, etabliert. In vielen Familien, auch in meiner, werden diese Traditionen, bspw. das Verzieren der Ostereier, gepflegt. Die Weiterführung dieser Traditionen ist ein wichtiger Bestandteil zum Erhalt von Kulturen und Sprachen. Die Alternative für Deutschland steht ausdrücklich für den Erhalt und die Bewahrung verschiedener Kulturen, Sprachen, Traditionen und Brauchtümer. Diese Vielfältigkeit der Sprachen, Dialekte, Traditionen und Bräuche sind letztendlich die Stärke nicht nur der

deutschen Nation als kulturelle Einheit mit allen autochthonen Minderheiten, sondern auch aller Nationen Europas. Sehr viele Traditionen werden, von der Öffentlichkeit wenig bemerkt, fortgeführt und an die nächste oder übernächste Generation weitergegeben, beispielsweise die Pflege der eigenen Sprache. Das Osterreiten dagegen ist ein öffentliches Bekenntnis, nicht nur zum christlichen Glauben, sondern auch ausdrücklich zur sorbischen Tradition und Sprache. Deswegen ist die Durchführung des Osterreitens in unserer Gegend so immens wichtig. Es ist ein Bekenntnis zu christlichen Werten und zu unserer vielfältigen Kultur. Jeder, der das Osterreiten in Frage stellt, stellt auch unsere Vielfältigkeit und unsere christlichen Werte in Frage. Wenn die Regierungen nicht mehr oder weniger blind der Kanzlerin folgten und stattdessen den Lockdown beendeten, müssten wir über eine Durchführung des Osterreitens nicht debattieren, würden zigtausende Existenzen retten und den Menschen ihren Lebensmut zurückgeben.

Karsten Hilse, MdB

**NICHT INS ALTPAPIER!**  
Nach dem Lesen weitergeben.

## Fürst Bismarck und die deutsche Einheit

Die erste Einheit Deutschlands kam am 10. August 955 auf dem Schlachtfeld zwischen dem Lechfeld beim Kampf gegen die Ungarn. König Otto I. einigte die verfeindeten deutschen Stämme in seinem Heer zum Sieg. Die späte Einheit geschah über 900 Jahre später, am 18.01.1871 mit der Kaiserproklamation von Wilhelm I. in Versailles. Otto von Bismarck war es gelungen, das Deutsche Reich erneut zusammenzuschmieden. Am **1. April 1815** wurde der Reichskanzler geboren. Welche Rolle dieser Mann in seinem Wirken für die Einheit bei seinen Zeitgenossen spielte, können wir heute kaum ermessen. Eine Unzahl von Dankesbezeugungen aus allen Schichten belegen seine Verehrung und Anerkennung. Man errichtete Gedenksteine, Büsten, Standbilder, Säulen, Türme, Brunnen, Tafeln und pflanzte Bäume. Mehr als 800 gegenständliche Ehrungen zählte man. Und diese wurden

nicht von „oben“ verordnet, sondern vom Volke gewollt, Vereine gegründet, Geld gespendet und gesammelt. Das monumentale Denkmal steht seit 1906 in Hamburg und zeigt den Eisernen Kanzler als hanseatischen Roland. Den ersten Bismarckturm, 23 Meter hoch, errichteten die Schlesier bereits 1869 etwa 40 Kilometer südlich von Breslau. 47 Bismarcktürme gehen auf einen Entwurf des Architekten Wilhelm Kreis zurück, der auch das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden plante. Den ersten Turm seines Entwurfes „Götterdämmerung“ baute man 1900 in Greifswald. Der höchste Bismarckturm mit 45 Metern steht in Glauchau. 146 von einst 184 Bismarcktürmen gibt es noch in Deutschland. Der schönste Bismarckturm unserer Gegend befindet sich auf dem Hutungsberg in Neugersdorf, einen Steinwurf von der Böhmisches Grenze entfernt. Die Ehrungen für Reichskanzler Bismarck waren

nicht nur gegenständlich. 1895, zum 80. Geburtstag, erhielt er von 394 Städten die Ehrenbürgerwürde angetragen. Es wurden Plätze, Straßen, Schiffe, Gebäude, Obstgärten und der Bismarckhering nach ihm benannt. Ein Dutzend Ortschaften in den USA tragen seinen Namen und ein Archipel in Papua-Neuguinea. Wer in der DDR aufwuchs, hat von all dem wenig gehört. Aus dieser Zeit erfuhr man in der Schule nur vom Kampf der Sozialdemokratie gegen Ausbeutung durch die Junker, von Sozialisten, eingefleischten Reaktionären wie Bismarck. Heute zieht der Genosse Bundespräsident wieder eine direkte Linie von Bismarck über Krieg und Elend zu den Nationalsozialisten. Aber einst kommen wieder bessere Zeiten!

*Peter Schulze, Kreisrat*



Keulenberg



Neugersdorf



Mönchswalder Berg

## „Änderungsantrag zu Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2021/2022 und Finanzplan 2023-2025 im Denkmalschutz

Die AfD-Fraktion im Kreistag schlägt zur Verbesserung der Kulturpflege in einer Beschlussvorlage für die Haushaltsjahre 2021/2022 sowie die mittelfristige Finanzplanung 2023 bis 2025 folgende Änderung vor:

*Der Kreistag beschließt, im Produkt- Denkmalschutz (Heimat und Kulturpflege), die Erhöhung von geplanten 65 T€ um 100 T€ auf 165 T€ vor, damit neben dem Zuschuss an die Stiftung Umgebendehaus in Höhe von 65 T€ noch weitere Denkmäler in unserem Landkreis gefördert werden können.*

Bereits seit Jahren steht der Denkmalpflege ein signifikant höherer Förderbedarf beim Landkreis an, als Mittel im Haushalt zur Verfügung gestellt werden können.

Diese Mittel sollen aus Sicht der AfD auch für die Pflege weiterer – teilweise beschädigter – Bismarck-Denkmäler sowie Kriegsmahnmale verwendet werden.“

## Mit der AfD – sichere Energieversorgung und intakte Natur

Mit der Begründung, menschengemachte CO<sub>2</sub>-Emissionen würden den Klimawandel maßgeblich beeinflussen, soll Deutschland dekarbonisiert werden. Einen klaren Beleg für diese Hypothese gibt es trotz jahrzehntelanger Forschungsanstrengungen bis heute nicht, da die zahlreichen Wechselwirkungen in der Atmosphäre nicht erfasst werden können.

Die wichtigen, aber zugleich untauglichen Mittel für diese Dekarbonisierung sind die sogenannten Erneuerbaren Energien (EE) und das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG). Die EEG-Umlage beträgt derzeit 33 Milliarden Euro und macht über 20% des Strompreises aus. Dies hat in Deutschland zu den höchsten Strompreisen in Europa geführt.

Unabhängig von der Machbarkeit, ein Industrieland wie Deutschland mit instabilen Energien sicher zu versorgen, würde die vollständige Versorgung durch EE mit einer fast kompletten Zerstörung Jahrhunderte alter Kulturlandschaften und Umwandlung dieser in riesige Industriegebiete einhergehen. Unsere Landschaften müssten bei Hinnahme massivster Schäden für unsere Flora und Fauna flächendeckend in Wind- und Solarindustrieanlagen umgestaltet werden. Die restlichen Flächen würden durch gigantische Pumpspeicher in der Größe Berlins ausgefüllt werden. Der Installations-, Wartungs- und Ersetzungsaufwand für diese Anlagen wäre so enorm, dass neben der Natur auch unsere Volkswirtschaft zwangsläufig kollabieren würde. Dazu kommen die unermesslichen Schäden in Ländern, in denen die Rohstoffe für diese Art Umgestaltung unserer Energiewirtschaft erzeugt werden. Die CO<sub>2</sub>-freie Kernenergie wird in der Politik gegenwärtig nicht in Betracht gezogen, da sie fälschlicherweise als hochgefährlich und wegen der geologisch endzulagernden Reststoffe als nicht nachhaltig angesehen wird. Diese Argumentation ist aus wissenschaftlicher Sicht nicht haltbar. Der Tschernobyl-Unfall mit einem Reaktortyp, der hier niemals genehmigungsfähig war, dient für alle Zeiten als Maß für die Kerntechnik allgemein.

Während in der Politik jede abwegige Idee zur Verbesserung der EE als „technisch bald umsetzbar“ dargestellt wird, gesteht man der Kerntechnik keine Weiterentwicklung zu. Dabei wird ignoriert, dass sich kerntechnische Anlagen in den letzten Jahrzehnten stark verändert haben. Eine ganze Reihe von Startups forscht mit Erfolg an rückstands-freien, effizienten und inhärent sicheren

Kernkraftwerken, kommt aber nicht in den Genuß der fürstlichen Förderungen durch das EEG. Würde nur ein winziger Bruchteil der EEG-Förderung an dieser Stelle investiert werden, könnte diese neue Nukleartechnologie ihre Fähigkeit unter Beweis stellen.

Mehrere Abgeordnete der AfD-Bundestagsfraktion erarbeiten derzeit, in Zusammenarbeit mit verschiedenen Fachleuten, einen Energiefahrplan auf der Grundlage von Kosten-Nutzen-Analysen und unter Einbeziehung des gegenwärtigen Standes der Technik, um die Möglichkeiten einer effizienten Stromversorgung für die Zukunft darzustellen und beziehen dabei auch indirekte Effekte, also die gesamte Produktionskette, mit ein.

Wind- und Solarenergie stehen wegen ihrer geringen Energiedichte und schlechten Effizienz in erheblichem Zielkonflikt mit Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit. Sie wären auch nicht geeignet, die CO<sub>2</sub>-Emissionen signifikant zu senken.

Der Ausbau der Kernenergie ist schon allein aus Gründen der Wirtschaftlichkeit geboten. Eine „Dekarbonisierung“, wenn man sie als notwendig erachtete, würde dabei als Nebeneffekt problemlos mit erreicht werden.

Aus den Ergebnissen einer Gegenüberstellung verschiedener Energieerzeugungsarten ergeben sich bestimmte Technologien, die zu bevorzugen sind, sowohl für die Bereitstellung von Elektrizität und Prozesswärme für die Industrie, als auch für die Erzeugung von Kraftstoffen, überwiegend synthetischen. Daraus geht als einzige zukunftsfähige Option die Nutzung der Kernenergie hervor. Langfristig ist also eine weitestgehende Umstellung auf Kernenergie, vor allem auf Flüssigbrennstoffreaktoren, erforderlich, will man die Ziele einer minimalinvasiven, nachhaltigen und bezahlbaren Grundversorgung bei gleichzeitiger Reduktion der Emissionen erreichen.

Es ist evident, dass so eine Umstellung langfristig angelegt ist, denn zu einem nachhaltigen Wirtschaften gehört auch das weitestgehende Ausschöpfen bestehender Anlagen.

Mittelfristig müssen heutige Wind- und Solaranlagen, wenn sie nicht wirtschaftlich arbeiten, zurückgebaut werden, um die Flä-



chen wieder einer sinnvollen Nutzung zuzuführen bzw. die Naturräume wieder auszuweiten. Das EEG soll außer Kraft gesetzt werden. Die frei gewordenen Subventionen sollen die Volkswirtschaft befähigen, unverzichtbare Grundlastkraftwerke ab einem bestimmten Alterungsgrad durch moderne Nuklearanlagen zu ersetzen. Gleichzeitig soll eine Industrie für die Erzeugung synthetischer Kraftstoffe mit Hilfe der Kernenergie aufgebaut werden. So kann eine schrittweise Umstellung der gesamten Energiewirtschaft erfolgen. An oberster Stelle sollten hier immer die Kriterien Wirtschaftlichkeit und Naturverträglichkeit stehen.

Am Ende der Umstellung wird der Irrweg der „Erneuerbaren Energien“ vollständig, inklusive Rückbau aller EE-Anlagen, abgesehen von Nischenanwendungen, beendet sein. Die Wirtschaft läuft dann sowohl im Verkehrssektor als auch im Stromsektor auf nuklearer Energie. Dies gewährleistet eine weitestgehende Unabhängigkeit von Importen von Energieträgern. Allein mit den aus deutschen Kernkraftwerken vorhandenen hochaktiven nuklearen Reststoffen lässt sich eine Energieversorgung über mehrere Jahrhunderte realisieren. Deutschland wäre somit energetisch autark. Nicht nur beim Strom, sondern auch in allen anderen Bereichen, bei denen Energie aufgewendet wird, wie bspw. Heizen und Mobilität, werden die Kosten dramatisch sinken.

Durch die Nutzung neuer Kernkrafttechnologien mit sehr geringem Flächenverbrauch von bis zu einem Tausendstel gegenüber Wind-, Solar und Energiepflanzen für Faulgasanlagen, reduziert sich der Eingriff in die Natur dramatisch. Die positiven Folgen werden eine grundlegende Erholung des Waldbestandes und eine signifikante Erhöhung der Biodiversität sein. Wir werden die Möglichkeit haben, größere Flächen als Landschaftsschutzgebiete zur Erholung der Menschen und Naturschutzgebiete, in denen die Natur sich selbst überlassen wird, auszuweisen.

## Weitere Erforschung der Kernkraft: Ja, bitte!

Unglaublich, aber wahr: Es gibt tatsächlich Gemeinsamkeiten zwischen dem neuen US-Präsidenten Joe Biden, dem Weltklimarat und der sächsischen AfD.

Wir alle halten es für sinnvoll, massiv in die weitere Erforschung der Kernenergie zu investieren. Laut Medienberichten plant Biden dazu den Aufbau einer neuen Agentur und favorisiert kleine, modulare Reaktoren. Die Mini-Kraftwerke lassen sich einfacher kühlen und sind somit viel sicherer als die Kernkraftwerke des 20. Jahrhunderts.

Neben den USA setzen auch andere Länder auf Innovationen dieser Art. In Großbritannien will Rolls-Royce bis 2029 die Massenproduktion von Mini-Kernkraftwerken, die sich mit LKWs transportieren lassen, bewerkstelligen. Währenddessen verfügt Russland bereits über ein schwimmendes Kernkraftwerk, das 100.000 Menschen mit Energie versorgen kann.

Die Bundesregierung verkündete derweil am 5. März, sie wolle das „Kapitel der Atomkraft-Nutzung“ endgültig mit einer Zahlung von 2,4 Milliarden Euro an die Energieversorger für entgangene Restlaufzeiten abschließen. Unsere Regierung erweckt mit diesem despektierlichen Tonfall den Eindruck, die Kernkraft sei eine ewiggestrige Angelegenheit, bei der man froh sein müsse, wenn man sie endlich abhaken könne.

Dahinter verbergen sich gleich mehrere gravierende Irrtümer. Antonio Hurtado, Professor für Wasserstoff- und Kernenergietechnik an der TU Dresden, hat bereits vor Jahren erklärt, warum selbst Gegner der Kernkraft die Forschung unterstützen sollten.

Zum einen ist es ein Fakt, dass weltweit gerade sehr viele Kernkraftwerke entstehen. Umso sicherer sie sind, umso besser. Das gilt insbesondere für unsere Nachbarländer, da Deutschland von Unfällen direkt be-

troffen wäre.

Zum anderen, betont Hurtado, sei es inzwischen möglich, Kraftwerke zu bauen, bei denen eine Kernschmelze „naturgesetzlich ausgeschlossen“ sei. Eine Freisetzung von radioaktiven Stoffen könne es bei ihnen „niemals“ geben.

Er forscht deshalb an Kraftwerken, die gleichzeitig Strom und Wasserstoff liefern „und nebenbei vielleicht auch noch Meerwasser“ entsalzen können, erklärt die WELT. Das ist wahrhaft fortschrittlich und knüpft an die positive und vielfältige Kernkraftforschung an, die es seit den 1950er Jahren in Sachsen gibt.

Damals war es übrigens keine Selbstverständlichkeit, auf diesem Feld aktiv zu werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es Deutschland zunächst verboten, Kernforschung zu betreiben. Trotzdem konnte schon 1956 das renommierte Zentralinstitut für Kernphysik in Dresden-Rossendorf gegründet werden.

Diese Gründung brachte nicht nur die Kernkraft voran. Auch die Medizin und Chemie profitierten von den bahnbrechenden Entdeckungen der Kernforscher. Ähnliches lässt sich über die Ingenieurhochschule Zittau sagen. Hier wurde im Jahr 1979 ein weiterer Forschungsreaktor in Betrieb genommen.

Zittau erarbeitete sich danach über die eigenen Landesgrenzen hinweg einen ausgezeichneten Ruf. Wie die Sächsische Zeitung vor einiger Zeit berichtete, fanden unter anderem „neun Lehrgänge im Auftrag der Internationalen Atomenergiekommission“ in Zittau statt.

Diese Ausstrahlungskraft sollte auch nach der Wende erhalten bleiben. Ausgerechnet die damalige Umweltministerin Angela Merkel war es, die Zittau die Betriebsgenehmigung verlängerte. Sie lief bis 2005 – also bezeichnenderweise bis zu dem Jahr, in

dem Merkel Kanzlerin wurde.

Seitdem haben sich die Bedingungen für die Kernforschung in Deutschland enorm verschlechtert. Sören Alt, Dozent für Reaktor- und Anlagensicherheit in Zittau, beklagt, dass sich durch die Verunglimpfung der Kernkraft immer weniger Studenten für sein Fachgebiet entscheiden würden.

Chancen wie das Recycling radioaktiver Rückstände blieben dann ungenutzt. Das unterstreicht auch Professor Dr. Bruno Merk, der früher in Dresden-Rossendorf forschte, inzwischen aber an die Universität Liverpool geflüchtet ist.

Ebenso ist es aufschlussreich, dass mit Fraunhofer-Präsident Reimund Neugebauer selbst „einer der wichtigsten Tech-Berater der Bundesregierung“ (FAZ) betont: „Wir brauchen Kernforschung aus Gründen der nationalen Sicherheit.“ Zudem treibt auch die Europäische Union die Kernforschung voran. Deutschland müsste sich also nur an mehr Projekten beteiligen.

Es muss darüber hinaus eines unserer wichtigsten Ziele sein, naturwissenschaftliche Spitzenkräfte wie Prof. Bruno Merk und andere zurück nach Sachsen zu holen. Mit der TU Dresden, Rossendorf, dem Leipziger Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung und Zittau hätten wir die Möglichkeit, an die Weltspitze der Kernforschung zurückzukehren. Es fehlt allein der regierenden CDU der politische Wille dazu.

Die AfD hingegen wird sich weiter für die Kernkraft einsetzen, denn bei verantwortungsvoller und umsichtiger Nutzung ist sie die umweltschonendste und günstigste Energietechnologie. Ausschließlich mit Wind und Sonne lässt sich indes ein Industrieland nicht am Laufen halten.

Jörg Urban, MdL



## Endlagersuche in der Oberlausitz

Der „Fachkonferenz Teilgebiete“ im Rahmen des Standortauswahlverfahrens stand der Zwischenbericht zu Teilgebiete gemäß § 13 StandAG zur Endlagersuche, den die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit dem Stand vom 31.12.2020 (SG01101/2-4/11-2021#1 – Objekt-ID: 853961) zur Öffentlichkeitsbeteiligung zur Verfügung. Der erste Beratungstermin vom 5. – 7. Februar 2021 wurde von mehr als 1600 Bürgern, Wissenschaftlern und Vertretern von Organisationen und Kommunen begleitet. In der Fachstellungnahme des Landes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) wurde dargestellt, dass die zunächst betrachtete potentielle Fläche für Endlager falsch ist.

Bei Korrektur der fehlerhaft ausgewiesenen Bereiche würde sich die potentielle Fläche für Endlager von 62% auf 29% der Landesfläche von Sachsen reduzieren.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat offenbar aus politischen Gründen den schon erforschten und für tauglich befundenen Salzstock Gorleben von der weiteren Endlagersuche ausgeschlossen. Doch die Begründung für diesen Ausschluss ist fragwürdig.

Denn im „Zwischenbericht Teilgebiete“ haben 2 Standorte gleiche Voraussetzungen

wie Gorleben.

Weitere 13 Standorte weisen ähnliche Kriterien wie der Salzstock Gorleben auf.

Ein Standort ist gar gegenüber Gorleben als Endlagerstandort ungeeigneter.

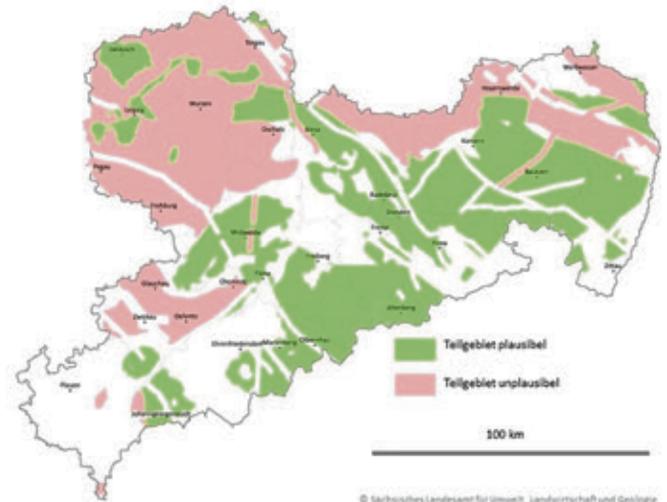
Dies wurde von Dipl.-Phys. Christoph Barthe und von Herrn Weber, Mitglied der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe BGR, ausführlich begründet.

Auch die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Endlagerforschung (DAEF) kritisiert den Ausschluss von Gorleben.

Wir als Bundesfachausschuss

Kernenergie der AfD betrachten den Ausschluss des Schachtes Gorleben ebenfalls als fragwürdig. Wir schließen uns der Fachstellungnahme des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) an.

Für uns ist darüber hinaus die eventuelle Wiederverwertung hochradioaktiver Abfälle unter der Zielsetzung der Nutzung von Kraftwerken der Generation 4 eine wichtige Option, welche die Endlagerung in großen Teilen unnötig machen würde.



All diese kritischen Meinungen zum Standortauswahlverfahren wurden teilweise als Einzelmeinung abgetan.

Die Bürgerbeteiligung muß aufgrund zeitweilig technischer Mängel auf der Online-Veranstaltungsplattform als verbesserungswürdig bezeichnet werden. Bereits mit dem Livestream gab es Schwierigkeiten. Später konnte man sich nur noch über Textbeiträge und dann auch nicht mal mehr darüber, beteiligen.

Dipl.-Chem. Ing. Gundolf Göbel  
Stadtrat ; Mitglied des UA Kernenergie

## Sonderwirtschaftszone Lausitz: Banken und Wirtschaftsexperten bestätigen AfD-Forderung!

In einer aktuellen Broschüre regte kürzlich der Ostdeutsche Bankenverband sogenannte „Sonderwirtschaftszonen“ für strukturschwache Regionen an. Unter anderem wurden für Ostdeutschland beispielsweise „fiskalische Anreize“ sowie „erleichterte Genehmigungs- und Planungsverfahren“ angeregt, um die Wirtschaft anzukurbeln und die Regionen aufzuwerten. Das Institut der Deutschen Wirtschaft legte bereits im Mai 2020 ein Kurzgutachten mit zehn Vorschlägen zur Ausgestaltung einer Sonderwirtschaftszone Lausitz vor. Die von den Wirtschaftsexperten nun erneut aufgemachten Forderungen hatte die AfD-Fraktion bereits mehrfach im Sächsischen Landtag thematisiert.



Dazu erklärt Timo Schreyer, AfD-Landtagsabgeordneter und Mitglied im Wirtschaftsausschuss:

„Die Lausitz braucht dringend eine Sonderwirtschaftszone, um neue Industrien anzusiedeln. Das hat die AfD-Frak-

tion mehrfach im Sächsischen Landtag gefordert, wurde aber von allen Altparteien ignoriert. Die CDU-geführte Staatsregierung hat keinen Plan, vor allem nicht für die strukturschwachen Braunkohlegebiete.“

Über zehntausend Bergarbeiter werden in absehbarer Zeit durch den Kohle-Ausstieg ihre gutbezahlten Arbeitsplätze verlieren und viele davon dauerhaft arbeitslos bleiben. Wenn die Regierung 1.000 Experten-Jobs in Behörden und die Ansiedlung von wissenschaftlichen Instituten verspricht, wird das den Kumpels nicht helfen. Sie werden in diesen Jobs nicht arbeiten können. Nach 30 Jahren Deutsche Einheit hat die CDU-Regierung noch immer kein Förderprogramm für die Grenzregion aufgesetzt, um die Wirtschaft anzukurbeln. Dabei gäbe es viele Möglichkeiten, die Lausitz voranzubringen. Sie ist eine attraktive Kultur- und Energieregion. Gleich hinter der Grenze gibt es in Polen mehrere Sonderwirtschaftszonen, die deutsche und internationale Investoren mit vielen Vergünstigungen locken. Unternehmen erhalten dort massive Steuernachlässe und voll erschlossene Baugrundstücke. Gegen diese starke Konkurrenz hat die deutsche Grenzregion aktuell nichts zu bieten. Abwanderung und Stagnation prägen deshalb das Bild.

Die AfD-Fraktion wird die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone immer wieder thematisieren. Das Schicksal einer der schönsten Gegenden Sachsens ist zu wichtig, um es der fehlgeleiteten Politik des schwarz-rot-grünen Regierungstrios zu überlassen, bei dem jede einzelne der Parteien in eine andere Richtung zu rennen scheint.“

## Blühende Landschaften – oder was der Lausitz blüht **Folge 2**

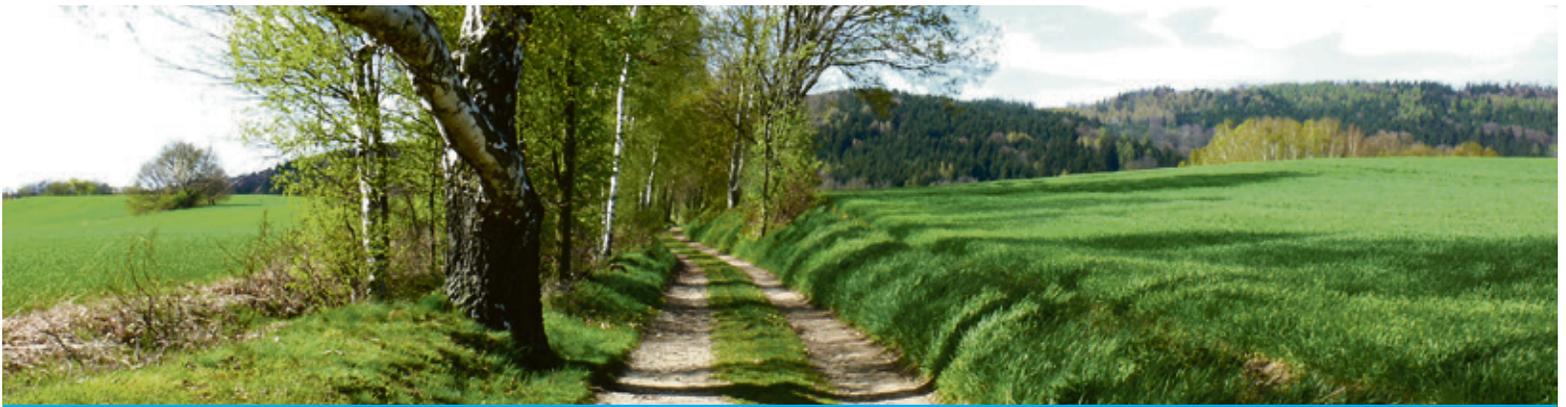
Damit unsere Leser im Wahljahr 2021 wissen, wohin die Reise mit den Altparteien geht, beackert die BLAUE POST BAUTZEN in zweiter Folge die „Zukunftsfelder“ der Lausitz entsprechend des „Kernpapiers“ der „Entwicklungsstrategie Lausitz 2050“ von der „Wirtschaftsregion Lausitz GmbH“. Kursiv gestellt sind die Originalzitate.

**Gesellschaftliche Daseinsvorsorge:** Trotz der festgestellten ausreichenden medizinischen und pflegerischen Versorgung gibt es offenbar Handlungsbedarf. *„Caring Communities“ sollen Pflege als Gemeinschaftsaufgabe zwischen professionellen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren verankern. Es gilt auch: das telemedizinische System auszubauen und verstärkter Einsatz von Assistenzsystemen und Robotern in der Pflege, beim Anziehen oder zur Sicherung gefährlicher Infrastruktur wie Elektrik und Herd. Vorschläge zur Sicherstellung der Grundversorgung sind Urban-Gardening-Modelle wie Beetpatenschaften und Gemeinschaftsgärten, autonome Lieferdienste, z.B. durch Drohnen, digitale Kühlschränke, Versorgungsautomaten und in Haustüren integrierte Kühlschränke.*

**Digitalisierung:** Die Digitalisierung spielt für den erfolgreichen Transformationsprozess in der Lausitz eine tragende Rolle. Schon transformiert sind das 5G-Testfeld Hoyerswerda und Welzow, ein

*Reallabor Ambient-Assisted-Living-Labor, der Innovationscampus und Start-Up-Accelerator in Görlitz und Smart Mobility-Projekte der Verkehrsunternehmen in den Bereichen On-Demand Mobility, digitales Ticketing und WLAN-Verfügbarkeit an Bord. Nicht zu vergessen das OpenData-Portal des digitalen Tourismus und der Aufbau einer Digital-Governance-Struktur. In der Medizinausbildung kommt es zur Etablierung eines digitalen Modellkrankenhauses und KMU nutzen die Chancen von New Work und kollaborativem Arbeiten zur Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Die gestärkte Kultur- und Kreativwirtschaft wirkt als Impulsgeberin für New-Work-Modelle. Für die medizinische Versorgung wichtig: mittels 5G medizinische Aufgaben an das Pflegepersonal unter Zuschaltung von Fachärzten delegieren, Ausbau von e-Nurse-Konzepten, technische Assistenzsysteme (Assisted Living) insbesondere in strukturschwachen Gebieten einsetzen und Roboterunterstützung sowohl im OP-Saal als auch in der Pflege ermöglichen und neue Telemedizin- und Telecare-Ansätze entwickeln. Für all das muß die Formulierung von Ausnahmeregelungen und Experimentierklauseln durch den Gesetzgeber erfolgen.*

Peter Schulze, Kreisrat



## Komfortzone

Soweit wir hier unten dies überblicken können, ist es das natürliche Bestreben jedes einzelnen Menschen, nicht unversehens aus seiner Komfortzone, die er sich mühsam erarbeitet hat, herauszufallen. Und wie dem Individuum geht es der gesamten Menschheit. Und wie heute war es auch früher schon so...

Mit relativ einfachen Mitteln der Begriffsumwidmung der offenbar unausrottbaren Influenza-Seuche haben es die Mannen um Klaus Schwab und Bill Gates geschafft, etwaige individuelle Versuche einzuhegen, sich von inneren Urängsten vor Krankheit und Tod zu befreien. Dass eine Handvoll Menschen es schaffen könnte, mit dem Narrativ eines einzigen – wenn auch mutierenden – Virus, fast alle Völker dieser Erde in ein geistiges Koma zu versetzen, will uns nicht in den Kopf.

Wir hier unten wünschen uns, wie die WEF-Akteure, ebenfalls einen Neustart. Allerdings in eine neue Dimension der individuellen Freiheit, welche auf Erkenntnis und Wahrheit beruht, und nicht auf Indoktrination, Ausbeutung und kognitiver Dissonanz.

Um den ersten Schritt in diese Richtung zu tun, sollten wir uns folgende Fragen bezüglich der Corona-Doktrin stellen. Allerdings steigt damit die Gefahr, dass man irreversibel aus seiner Komfortzone herausfällt:

1. Warum weist die Sterbestatistik im Jahre 2020 keine Übersterblichkeit aus?
2. Wohin sind eigentlich die Influenza-Toten früherer Jahre verschwunden?
3. Wenn der erste Lockdown wirkte, warum wiederholen wir ihn dann?
4. Wenn die Lockdowns nicht wirken, warum wiederholen wir sie dann?
5. Warum hört die Regierung nur auf die sehr kleine Auswahl von „Experten“ und nicht auf die Stimmen anerkannter Koryphäen der Wissenschaft?
6. Warum sehen wir im Fernseher überfüllte Intensivstationen, wenn die in-bee-Covid-Statistik-App das genaue Gegenteil aussagt?
7. Warum wurden 2020 in der BRD 20 Krankenhäuser geschlossen, obwohl eine „Pandemie“ ausgerufen wurde?
8. Warum sind große Lebensmittelmärkte auf, in denen Hunderte von Menschen

gleichzeitig einkaufen gehen, während die kleinen Läden, die nur zwei/drei Leute fassen können, geschlossen sind?

9. Warum werden mit dem PCR-Test positiv Getestete „Corona-Fälle“ genannt und nicht einfach nur positiv Getestete?
  10. Warum vergisst man die Leute darüber zu informieren, dass die WHO eingestanden hat, dass der PCR-Test nicht zuverlässig ist?
  11. Wenn der Impfstoff wirkt, wieso kann man das Virus immer noch übertragen?
  12. Wie viele Menschen kennst Du, die an Corona gestorben sind und wie viele kennst Du, die an Impfschäden leiden?
- Frage Dich also, wenn Du das nächste Mal das Haus verlässt, ob Du wirklich einer tödlichen Pandemie gegenüberstehst!

Merke: *„Die Vernunft kann sich mit größerer Wucht dem Bösen entgegenstellen, wenn der Zorn ihr dienstbar zur Hand geht.“* (Wohl von Papst Gregor d.G. [540 - 604] in „Meister Yodas Ende - Über die Zweckentfremdung der Demenz“.)

Christian Schultze

## Anfrage mit Bitte um Stellungnahme zum Zeitungsartikel der SZ vom 08.03.2021 Kreisumlage/Rücklagen

Sehr geehrter Herr Landrat,

wir bitten Sie um Stellungnahme zum Zeitungsartikel der SZ (Sächsische Zeitung) vom 08.03.2021 zu dem Thema Rücklagen (Kreisumlage). In der SZ gaben Sie folgenden Wortlaut wieder:

**SZ: Mehr Kosten für die Pflege und für Unterhaltszahlungen fallen doch aber auch schon jetzt an, nicht erst im Doppelhaushalt 2023/24.**

Harig: Richtig, aber im Moment können wir diese Kosten noch ausgleichen, weil wir in der Vergangenheit gut gewirtschaftet haben.

Diese **Rücklagen** helfen uns jetzt. Die AfD-Fraktion hat vor einem halben Jahr noch gefordert, dass wir die Rücklagen an die Gemeinden im Landkreis auszahlen sollen. Hätten wir das gemacht, stünden wir jetzt vor einem unlöslichen Problem.

Aus Ihrer Aussage gegenüber der SZ ergeben sich für uns folgende Fragen mit der Bitte um Beantwortung:

1. Die AfD hat nicht gefordert **die Rücklagen (38 Mio €) auszuzahlen**, sondern die zu viel eingenommene Kreisumlage **in Höhe von 8,3 Mio €**, welche über Jahre in die Rücklagen gebucht wurden, an die Gemeinden und Kommunen gemäß der Ausgleichsfunktion des FAG (Finanzausgleichsgesetz) zurückzuführen (KT Sitzung vom 13.07.2021). **War Ihnen diese Tatsache im Interview entfallen?**
2. Warum wurde **deshalb durch Sie die Falschaussage** im betreffenden Interview getätigt, dass wir alle (die) Rücklagen an die Städte und Gemeinden im Landkreis von über 38 Mio. Euro verteilen wollten und Sie dadurch den Landkreis vor einem unlöslichen Problem geschützt haben, was so nicht den Tatsachen entspricht.
3. Sind Sie bereit, diese Aussage **öffentlich zu korrigieren**, und damit dem Erwartungsbild eines verbeamteten sächsischen Behördenleiters zu entsprechen, welcher durch seinen Amtseid an **Wahrheit und Klarheit** gebunden ist?

Mit freundlichen Grüßen

Henry Nitzsche  
AfD-Fraktion im Kreistag Bautzen  
Vorsitzender



## Tier- und Naturschutz sind Herzensangelegenheit!

Von Andreas Harlaß, AfD-Bundestagskandidat

Mir, Ihrem Direktkandidaten für Dresden II und Bautzen II, sind Tier- und Naturschutz Herzensangelegenheit!

### Tierschutz

Tiertransporte sind die schlechtere Variante zur Vor-Ort-Schlachtung. Dennoch müssen sie oft sein. Ich trete für eine zeitliche Begrenzung von Tiertransporten auf maximal fünf Stunden und strenge Kontrollen ein. Unwürdige Tiertransporte gilt es zu stoppen und Verstöße sind hart zu sanktionieren. Schlachtungen dürfen nur an vollständig betäubten Tieren vorgenommen werden. Darum: Keine Ausnahmegenehmigungen für so genanntes Schächten - auch nicht aus religiösen Gründen! Tierheime benötigen eine bessere finanzielle Ausstattung. Es soll darum Lohnkostenzuschuss für Mitarbeiter der Tierpflege und Tierversorgung in den Tierschutzvereinen geben. Die Mittel für Futter- und Tierarztkosten sind aufzustocken. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Tierheime in kommunaler Verwaltung sind oder als Verein arbeiten. Für beinahe alles scheint Geld vorhanden zu sein. Der Tierschutz darf nicht als letztes Rad am Wagen behandelt werden!

### Naturschutz

Erfolgreicher Naturschutz ist auf naturnahe Nutzung der Kulturlandschaften, aber auch auf Erhalt ungenutzter Flächen angewiesen. Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen sind daher finanziell besser zu unterstützen. Weidetierhaltung ist ein Kernanliegen des Naturschutzes. Darum trete ich für Weidetierprämien für Kuh-, Schaf- und Ziegenhalter ein. Fischereibetriebe sowie über 43.000 Angler sind wichtig für Gewässerschutz und Regulierung der Fischbestände. Fischzuchtbetriebe gehören unter Schutz gestellt, auch oder gerade auch vor falscher EU-Bürokratie (Lebensraumtyp 3150). Kormoran und Fischotter gehören unter das Jagdgesetz. Die Durchgängigkeit aller Fließgewässer muss sichergestellt sein und darf nicht durch Wasserkraftanlagen oder übermäßigen Wasserstraßenbau eingeschränkt werden. Keine weitere Verschandelung unserer Landschaft durch Windkraftanlagen! Gegen den Willen der Bürger in Kommunen darf es in Sachsen keinen weiteren Ausbau von Windkraftanlagen geben!

### Epilog

Die AfD Sachsen, obwohl erst im April 2013 gegründet, hat bereits dreimal Historisches geschafft: 2014 den ersten Landtagseinzug eines Landesverbands, 2017 bestes Bundestagswahlergebnis vor der CDU und 2019 mit einem Rekordergebnis von 27,5 Prozent zweitstärkste politische Kraft in Sachsen. Zum vierten Mal haben wir nun die Chance, erneut Historisches zu schaffen: Am 26. September 2021, zur Bundestagswahl, erneut stärkste Partei in Sachsen zu werden.

Die AfD-Fraktion stellte aktuell einen Antrag, die Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Sachsen zu ermitteln, die ihre Eltern oder Großeltern pflegen müssen (7/4666). Ihre Probleme und Unterstützungsbedürfnisse sollen erfasst werden. Obwohl SPD-Sozialministerin Köpping in einer Stellungnahme unseren Antrag befürwortete, lehnten die SPD und alle anderen Parteien den Antrag ab.

**Doreen Schwietzer**, familienpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, erklärt:

„Dieses unsoziale Verhalten ist befremdlich. Führende Sozialpolitiker und Fachverbände kennen das Problem und mahnen eine Lösung an, dennoch wird die praktische Umsetzung in Sachsen nun blockiert.“

Bisher gibt es nur internationale Studien, die von einem Anteil von 2 bis 4 % pflegender Minderjähriger ausgehen. Das wären ca. 230.000 Kinder und Jugendliche in Deutschland. Kinder, die ihre Eltern pflegen müssen, stoßen häufig auf Tabus und verschweigen oft ihre Probleme. Deshalb hatte die AfD-Fraktion beantragt, die Belastung der Minderjährigen zu analysieren sowie Beratungs- und Hilfsangebote auszuarbeiten. Nun müssen Familien mit pflegenden Kindern weiter leiden. Gebt diesen Kindern Ihre Kindheit zurück und lasst sie Kinder und Jugendliche sein. Jeder der pflegt weiß, was pflegen bedeutet. Die Vertreter von CDU, SPD, Linken und Grünen sollten sich schämen.

Doreen Schwietzer Mdl

# AUTOKORSOS für Freiheit und Grundrechte



„Bürger auf die Straße für die Beendigung des Lockdowns und die sofortige Wiedereröffnung aller Geschäfte und Gaststätten“- unter diesem Motto fanden die Autokorsos Anfang März in Pulsnitz statt. Als besondere Gäste konnten wir begrüßen: MdB Karsten Hilse, MdL Doreen Schwietzer und BTK Steffen Janich (SOE) und Holger Prade (KV Bautzen). Mit dem Protest auf der Straße brachte eine große Anzahl Bürger aus Pulsnitz und Umgebung ihren Widerstand auf die Straße. Am 5. März grüßten bereits in Hoyerswerda die Bürger eine rollende Kundgebung von ca. 160 Fahrzeugen.

Enttäuscht und wütend über die unverhältnismäßigen Corona-Anordnungen, wie z.B. Lebensmitteldiscounter verkaufen Schuhe, Bekleidung und Blumen- die Bau- und Gartenmärkte sowie die Schuhläden sind jedoch geschlossen, nur ein Beispiel eines völlig sinnfreien Corona-Konzeptes. Ebenso ist das Unverständnis zum Ausdruck gebracht wurden, dass die Regierung als alleinigen Maßstab ihres Handelns einen wissenschaftlich stark angezweifelt Inzidenzwert nutzt.

Deshalb Bürger: **Reiht euch ein in diese Protestfahrten zur Wiedererlangung unserer Freiheit und Grundrechte.**



## Kant – zeitlos aktuell

Bei Immanuel Kant (1724-1804), unserem großen deutschen Moralapostel, läßt sich immer wieder Rigoroses finden, z. B. passend zur pandemischen Schreckstarre, in welche europaweit die Menschen getrieben werden. Nach Kant:

Wenn Menschen über andere verfügen, werden diese zum bloßen Mittel für fremde Zwecke, zum „Hausvieh“ erniedrigt. „Nachdem sie ihr Hausvieh zuerst dummgemacht haben und sorgfältig verhüteten, daß diese ruhigen Geschöpfe ja keinen Schritt außer dem Gängelwagen, darin sie sie einsperrten, wagen dürften: So zeigen sie Ihnen nachher die Gefahr, die ihnen drohet, wenn sie versuchen alleine zu gehen.“ Auf einem solchen Prinzip errichtete Regierung, „wo also die Untertanen als unmündige Kinder, die nicht unterscheiden können, was ihnen wahrhaftig nützlich oder schädlich ist,“ behandelt werden, das „ist der größte Despotismus“.

*Peter Schulze, Kreisrat*

## Kleine Wappenkunde der Städte unseres Landkreises

**Großdubrau**



Im Ortsnamen Großdubrau entspricht „dub“ dem sorbischen Wort für Eiche. „Dubrawa“ bedeutet Eichenwald.

1343 tauchte der Ort „Dubrawa“ zum ersten Mal in einer Urkunde des Domkapitels zu Bautzen auf.

Auch Großdubrau zählt zum sorbischen Siedlungsgebiet.

Im Wappen erkennen wir die Jahreszahl 1343 und eine Eiche. Dieser Baum ist als der „Deutsche Baum“ weltweit bekannt.

Im Zeitalter des Barock (1600-1730) war die Eiche in der Malerei ein Symbol des Lebens.

Im 18. Jahrhundert wurde sie zum „typisch deutschen Wappenbaum“.

Sie steht für deutsche Freiheitsliebe, Mut, Stolz, Kraft, Stärke, Durchhaltevermögen, Standhaftigkeit und seit der Romantik (Beginn Ende des 18. Jahrhunderts) auch für Treue.

Quellen: Wikipedia, Die Geschichte der Gemeinde Großdubrau

### Spendenkonto:

Alternative für Deutschland  
KV Bautzen  
Bank:  
OSK Dresden  
IBAN:  
DE16 8505 0300  
0225 7855 52

Betreff: Kreisverband  
Bautzen Spende

### Impressum:

**Alternative für Deutschland**  
Kreisverband Bautzen  
vertr. d. d. Vorstandsvorsitzenden Karsten Hilse  
Karl-Marx-Straße 15  
02625 Bautzen  
Tel.: 03591 5328336  
info@afd Bautzen.de  
www.afdbautzen.de

Druck:  
Druckhaus Scholz GmbH  
Pforzheimer Platz 8  
02977 Hoyerswerda

